

ich-bin-sauarm-Preis: €0,50
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: €1
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €100

REVOLUTION

Kommunistische Jugendorganisation ★ Nummer 17

Wie sagt man „gegen Sozialabbau“ auf Französisch?

Occupation!

Blocage!

Grève Generale!

www.onesolutionrevolution.de

Mobilize

4.-7. Mai

Viertes Europäisches Sozialforum in Athen
☛ athens.fse-esf.org

Samstag, 6. Mai

Naziaufmarsch in Münster verhindern!
☛ www.no-nazis.net.ms

Samstag, 13. Mai

Naziaufmarsch in Göttingen verhindern!
☛ www.desaster-reloaded.de.vu

Samstag, 3. Juni

bundesweite Demo gegen Massentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg
11 Uhr, Alexanderplatz, Berlin
☛ www.protest2006.de

31. Juli - 4. August

REVOCAMP in Tschechien – nähere Infos demnächst auf ☛ www.onesolutionrevolution.de

weitere Termine für Berlin

☛ stressfaktor.squat.net/termine.php

Café Rojo

Das rote Jugendcafé in Schöneberg/Kreuzberg
★ jeden Freitag um 17 Uhr in der Roten Insel ★
Mansteinstr. 10 ★ U+S-Bhf Yorckstraße

5.5.: Graffiti is no Crime!

Infos zur Repression gegen Writer und den Protesten gegen den 2. Anti-Graffiti-Kongress

12.5.: Arbeiterkämpfe

Welche Streiks gibt es in Berlin? Warum gibt es sie? Und warum müssen wir sie unterstützen?

19.5.: Biji Kurdistan!

Zum aktuellen Staatsterrorismus gegen die kurdische Befreiungsbewegung

26.5.: Proteste in Frankreich

Brennende Vorstädte und Millionenproteste – kommt eine neue französische Revolution?

powered by: **REVOLUTION** und [**solid**]36

☛ www.caferojo.de.vu

Ein paar Worte vom Layouter...

Wieder eine zweifarbige Nummer von REVOLUTION! Hurra! Für alle, die meinen, diese Zeitung sei bisher zu einseitig gewesen, haben wir eine zweite Publikation, KONTERREVOLUTION, gestartet.

Für diese Ausgabe kamen viele Artikel mit Fussnoten und weiterführenden Links. Diese sind aus Platzgründen nicht gedruckt worden, jedoch auf unserer Website zu finden.

Wir hoffen, dass wir einen kleinen Beitrag dazu leisten können, dass auch hierzulande französische Verhältnisse entstehen. *Vive la révolution! A bas le capitalisme!*

Berlin, den 24. April 2006

2

Liebe Revo...

Grüße aus Guatemala

Ich bin jetzt schon über ein halbes Jahr in Guatemala, und der Aufenthalt hier hat mich in keinster Weise von meinem Engagement für die sozialistische Revolution abgebracht. Im Gegenteil, ich kann euch sagen, dass die Welt ganz dringend eine Revolution braucht!

Wenn ich jeden Tag bei meiner Arbeit die Menschen sehe, wie sie verzweifelt versuchen, irgendwelche Kleinigkeiten zu verkaufen, in Busse einsteigen und um Geld bitten oder einfach betteln, wie sie in ihren Blechhütten zusammengepfercht leben und jeden Tag von Gewalt und Drogenmissbrauch geprägt werden, schwellt meine Wut auf dieses ungerechte System immer wieder aufs Neue an. Eine Wut vermischt mit Trauer, weil alles so hilflos aussieht. Aber ich weiß immer, dass es noch viel mehr Leute auf der Welt gibt, die sich so wie ich nicht mit der Situation abfinden, die etwas ändern wollen, und bereit sind sich zu organisieren.

Deshalb bin ich froh eine Organisation wie Revolution zu haben die die Wut in Aktion umzuwandeln und die richtigen Antworten zu liefern versucht. Einen ganz großen revolutionären Gruß nach Deutschland an meine Genossen und Genossinnen! Es lohnt sich zu kämpfen! Hasta la victoria!

Jaime aus Stuttgart/Guatemala-Stadt

Ein Stalin-Button?

Ihr solltet euch gut überlegen, ob ihr weiterhin Buttons mit Stalins Bild verkauft.

von Christian aus Hannover

AW: Ein Stalin-Button?

Wir haben tatsächlich ein Button mit Stalins Gesicht darauf. Aber um das Bild herum steht der Text: „Der Totengräber der Revolution!“ So hat Trotzki den Dschugaschwili (aka Stalin) bezeichnet, bevor er wegen seiner Opposition zur stalinistischen Politik verbannt und ermordet wurde. Blöd ist nur, dass der Schriftzug auf dem Button auf unserer Website nicht lesbar ist!

von Huey aus Kreuzberg

Bundeswehr-Börse in Bernau

Am 7. April fand in Bernau am PPG-Gymnasium zum wiederholten Male die Ausbildungs- und Studienbörse statt. Wie jedes Jahr reisten alle möglichen kapitalistischen Unternehmer an. Neben Siemens, Daimler Chrysler, der deutschen Bank und anderen großen Haien des kapitalistischen Marktes hatten sich auch die Polizei und die Bundeswehr eingefunden. Letztere warb mit dem Slogan „Wir sichern die Zukunft“.

Damit setzt die BW ihre Strategie fort, in Schulen zu gehen, um so die perspektivlosen Jugendlichen mit Ausbildungsangeboten zu ködern und das Bestehen der BW als imperialistische Armee zu sichern. Dabei wurde natürlich nicht erwähnt, für wie viele Menschen die BW bereits die Zukunft zerbombt hat. Jugoslawien, Afghanistan – weitere Kriege werden folgen.

Denn die BW ist keine Verteidigungsarmee, wie sie es immer ganz gern von sich behauptet. Verteidigung – das bedeutet für sie die Ver-

teidigung der kapitalistischen Produktionsordnung. Der Bundeswehr darf kein Raum geboten werden, um sich als Verteidiger der Menschenrechte präsentieren zu können, denn das ist sie nicht. Deshalb fordern wir: Bundeswehr raus aus den Schulen!

von Bartholomäus aus Bernau (www.revo-berna.de.vu)

Anti-ASBO

Hört euch doch mal an was die Cops und die Stadtverwaltung hier in Leeds verzapfen: Seit ... Monaten gilt die neue sogenannte „ASBO“-Regelung. „ASBO“ steht für Anti-Social-Behaviour-Order, was auf Deutsch etwa „Anti-Sozialer-Verhaltens-Verweis“ oder einen ähnlichen Schrott bedeuten könnte. Die ganze Sache bedeutet, das die Cops an alle Gruppen von (zumeist jugendlichen) drei Personen oder mehr Platzverweise geben können wenn diese in der Öffentlichkeit Rauchen, Trinken, Skateboard fahren oder ganz einfach nur rumhängen.

Wie Mensch es sich auch kaum anders denken kann sind der Kleinhandelsverband und mehrere Einkaufszentren mehr als glücklich endlich den Staat gegen jugendliches „Gesindel“ vorgehen zu sehen. Dies ist umso heuchlerischer, da in den letzten zehn Jahren an kaum einer anderen Stelle soviel gekürzt wurde wie bei Jugendtreffs und -clubs. REVO-Leeds und natürlich alle anderen Revo Gruppen rufen hiermit (und mit unserer erfolgreich laufenden Anti-ASBO Kampagne) dazu auf diesen Schwachsinnspapiragen abzuschaffen und danach natürlich auch noch den Kapitalismus zu besiegen.

In diesem Sinne „ASBOs are a waste of time, being young is not a crime“.

Leeds Revo (www.worldrevolution.org.uk)

Postkarte aus Frankreich

Acht GenossInnen von REVO UK waren in Frankreich für den großen Protesttag am 4. April.

Wir kamen am 1.4. nach Lille, wo die nationale Studentenkoordinierung sich traf. Innerhalb der Uni hingen überall Transparent mit Losungen gegen das CPE oder auch „Nous sommes tous casseurs“ („Wir sind alle Randalierer“).

Bei dem Treffen waren fast 400 StudentInnen aus ganz Frankreich. Die Diskussionen mussten immer wieder unterbrochen werden, weil die ganze Halle „Tous ensemble, tous ensemble, grève generale!“ gerufen hat.

Am Sonntag fuhren wir nach Paris. Wir wollten in die Sorbonne, aber diese Uni war von der CRS (Bereitschaftspolizei) verbarrikadiert. Deshalb gingen wir zu einer Einwanderungsbehörde, die von StudentInnen und „illegalen“ EinwandererInnen besetzt wurde. Dort kleben viele Aufkleber: „Sans-Papiers und Studenten gemeinsam!“

Morgen kommt die große Demo – wir haben bereits Schale und Taucherbrillen, um uns vor Tränengas zu schützen.

Die Breite dieser Bewegung macht klar, welche große internationale Bedeutung die Ereignisse in Frankreich haben.

von Nat aus Cambridge/UK (vom 3. April)

Wo ist dein Bericht/Leserbrief?

Schick ihn an: info@onesolutionrevolution.de



„Das CPE ist tot.“ Das war auf einem Transparent zu lesen auf einer Demonstration in Paris am 11. April.

Am Abend davor hatte Staatspräsident Jacques Chirac das Gesetz zum „Ersteinstillungsvertrag“ (CPE) zurückgezogen. Das Gesetz hätte es Unternehmern ermöglicht, Jugendliche unter 26 während einer Probezeit von zwei Jahren jederzeit, ohne Angabe von Gründen zu entlassen. Damit waren die Anti-CPE-Proteste, die wochenlang das Land erschütterten, erfolgreich.

Die Proteste gegen das CPE hatten einen Monat vorher mit der Besetzung der Sorbonne-Universität am 11. März begonnen. In den nächsten Tagen wurden hunderte Unis und Schulen besetzt.

Die Gewerkschaften waren anfangs sehr zurückhaltend: Noch Ende Februar sah die Gewerkschaft CGT keine Möglichkeit, das CPE-Gesetz zu kippen, und hielt eine breite Protestbewegung für sinnlos. Jedoch durch den Druck der Studenten- und Schülerproteste wurden die Zentren der Gewerkschaften gezwungen, mehrere Streik- und Aktionstage zu organisieren.

Am zwei aufeinander folgenden Dienstagen (28.3. und 4.4.) demonstrierten zwei bis drei Millionen Menschen in ganz Frankreich. In jeder Stadt gab es Massendemos, die meisten Schulen und Unis wurden geschlossen, viele Betriebe wurden bestreikt und kaum ein Zug ist gefahren. Obwohl die bürgerlichen Medien hauptsächlich über ein paar Rängeleien mit der Polizei am Rande berichteten – als würde es sich bei den drei Millionen nur um „Chaoten“ handeln! –, ging es um die größten Proteste seit Jahren in Frankreich.

Tous Ensemble!

Diese Proteste kamen zustande als Gipfel eines langen Prozess: In den letzten zwei Jahren gab es Streiks gegen die Privatisierung verschiedener Staatsbetriebe, Schülerproteste gegen eine geplante Schulreform, die „Non“-Kampagne gegen die EU-Verfassung, die Aufstände der Vorstädte gegen den Rassismus...

Es waren alles Proteste gegen die neoliberalen Angriffe. Dass die Bewegung gegen das CPE erfolgreich war, lag daran, dass die verschiedenen Sektoren, die von der Offensive der Herrschenden betroffen sind, zusammen gekämpft haben. Erst als die organisierte Arbeiterbewegung dazu gestossen ist und die Wirtschaft lahm gelegt hat, hat es den Herrschenden zum Rückzug gedrängt.

Im Moment diskutiert die deutsche Linke darüber, wie man mit Wahlkämpfen von PDS oder WASG die Angriffe auf die sozialen Rechte hier im Lande aufhalten könnte. Die „französischen“ Mittel – Besetzung, Blockaden, Massendemos und Generalstreiks – sind aber wesentlich effektiver als solche Wahantritte.

Wichtiger als 5% der Stimmen bei einer Kommunalwahl zu kriegen, ist es 5% der Menschen auf die Straße bringen! Vier Millionen Stimmen für die Linkspartei geben uns nichts als ein paar Sitze im Parlament – aber vier Millionen Menschen auf der Straße würde uns eine reale Kraft geben!



Besetzung! Blockade! Generalstreik!

Wie das CPE-Gesetz in Frankreich gekippt werden konnte

Die bürgerliche Presse wirft der Regierung von de Villepin „Kapitulation“ vor. Tatsächlich war die Rücknahme des CPE-Gesetz ein Rückzug – um zu verhindern, dass am Ende noch die gesamte Regierung gestürzt wird.

Haben die deutschen oder amerikanischen Kapitalisten wenig Verständnis für diesen Rückzug, dann nur deshalb, weil sie sich selten mit Bewegungen dieser Größe konfrontiert sehen. Bei den französischen Kapitalisten ist die Angst vor einer Krise wie im Jahr 1968 noch präsent.

Mort?

Aber mit dem Tod des CPE ist die Bewegung dagegen auch gestorben. Einzelne Universitäten werden weiterhin bestreikt und linke AktivistInnen reden darüber, dass die Rücknahme der früheren Arbeitsmarktreform CNE ebenfalls auf den Tisch gebracht werden soll. Dennoch ist die Bewegung abgeblasen.

War da nicht mehr drin? Diese Millionenproteste waren im Endeffekt nicht in der Lage, den Rücktritt eines einzigen Ministers zu erzwingen. Zweifellos werden neue, noch schlimmere Sozialabbau-Maßnahmen in den kommenden Monaten kommen. Beim nächsten Mal wird eine so breite Streikbewegung nicht einfach ausbrechen.

Die Bewegung gegen das CPE hätte weitergeführt werden können, bis zu einem Sturz der Regierung. Genau das hat eine landesweite Studenten- und Schülerversammlung gefordert. Aber diese Zielsetzung wurde von den Reformisten der Gewerkschaften und der linken Parteien einfach ignoriert.

Reformismus ist nämlich kein rein deutsches Phänomen. In Frankreich haben Ex-Stalinisten, Sozialdemokraten und Zentristen die Bewegung der SchülerInnen und StudentInnen von Anfang an nur als mögliches Stimmvieh für die Wahlen im nächsten Jahr betrachtet. Auch in Frankreich wird ein „linkes“ Wahlbündnis angestrebt, vergleichbar mit dem italienischen Mitte-Links-

Bündnis, das gerade Berlusconi geschlagen hat.

Heute wird die Rücknahme des CPE als „großer Sieg“ gefeiert, nachdem die Reformisten aus linken Parteien und Gewerkschaften sich auf die Spitze der Bewegung gesetzt hatten.

Deren Ziel ist nicht die Rücknahme der ganzen neoliberalen Angriffe der letzten Jahre. Schließlich haben „Sozialisten“ und „Kommunisten“ in Frankreich schon viele Einschränkungen beim Kündigungsschutz selber verabschiedet, als sie in der Regierung saßen.

Gauche?

Um trotz der Bremse der Gewerkschaftszentren weiter zu machen, hätten die Koordinierungen zwischen Studenten-, Schüler- und Arbeiterorganisationen ausgebaut werden müssen. Solche Strukturen hätten die Proteste vorantreiben können, und würden gleichzeitig eine alternative Macht zum Staatsapparat der „Fünften Republik“ darstellen, eine Macht der ArbeiterInnen, StudentInnen und SchülerInnen.

Die Jugendlichen in Frankreich werden vielleicht die Proteste aufgeben und nach Hause gehen. Aber ihre Situation wird sich trotz der Rücknahme des CPE kaum verbessern – Arbeitslosigkeit und Billigjobs sind für Jugendliche heutzutage schon die Regel. Die Forderung nach einer Perspektive ist unter den Bedingungen des niedergehenden Kapitalismus nicht zu erfüllen. Damit steht die Frage nach einer anderen Gesellschaftsform jetzt auf der Tagesordnung.

Deshalb ist es zentral, dass die Jugend Frankreichs eine revolutionäre Bewegung aufbaut, unabhängig von den reformistischen Apparaten der Gewerkschaften und linken Parteien. Wenn in Zukunft solche Proteste wieder entflammen – und die Reformisten wieder zur Ruhe aufrufen – und das passiert zwangsläufig! –, muss die Gegenstimme einer revolutionären Massenbewegung zu hören sein.

von Wladek aus Kreuzberg + Lothar aus Kassel

Ein Präsident auf der

Im Mai-Juni 1968 herrschte in Frankreich eine revolutionäre Stimmung – der Präsident musste ku

Beim französischen Kapital sind die Erinnerungen an 1968 noch präsent. Im Gegensatz zu vielen anderen Studentenbewegungen der Zeit, gelang damals den französischen StudentInnen der Brückenschlag zur Arbeiterbewegung. Mehrere Monate lang befand sich Frankreich in einer revolutionären Situation, große Teile der Arbeiterbewegung schlossen sich den StudentInnen an, wilde Streiks, Warnstreiks, Generalstreiks und Massendemonstrationen bestimmten im Frühjahr 1968 die politische Realität Frankreichs.

Ebenso wie die internationale Studentenbewegung waren in Frankreich der Vietnamkrieg und die Zustände an den Universitäten die zentralen Themen der Bewegung. In Frankreich waren während der 60er Jahre viele StudentInnen aus der Arbeiterklasse an die Universitäten gekommen, der Anteil von StudentInnen war der höchste im damaligen Europa. Gleichzeitig herrschte an den Universitäten eine brutale Selektion, 70-75% der StudentInnen mussten ihr Studium abbrechen. Neben dieser Selektion war auch der Arbeitsmarkt auf neue Akademiker nicht vorbereitet.

Die ersten Streiks und Aktionen fanden in der Technischen Universität von Nanterre statt, dort wurden die Vorlesungen gestürmt und Streiks ausgerufen.

Die Besetzung der Sorbonne

In Paris versammelte sich am 3. Mai 1968 zunächst nur der harte Kern der StudentInnen aus Nanterre im Innenhof der Sorbonne – zwar fanden die politischen Reden zunächst wenig Anklang an der Sorbonne, das Eingreifen der Polizei am Ende der Kundgebung schon eher. Die Protestierenden sollten auf das Präsidium abgeführt werden, zur Feststellung ihrer Personalien. Dieser Abtransport sorgte für erste Handgemenge und zu einer Solidarisierung weiterer StudentInnen mit den Protestierenden. Einen besonderen Beitrag leisteten dabei die weiblichen Kommilitonen – sie sollten nicht von der Polizei abgeführt werden, dies nutzten sie um die StudentInnen an der Sorbonne zu mobilisieren.

Die Bereitschaftspolizei, die in den aktuellen Auseinandersetzungen für das Koma von Cyril Ferez

verantwortlich ist, griff hart durch und verhaftete in den nächsten Stunden fast jeden jungen Menschen im Umkreis der Sorbonne, der auch nur im Verdacht stand zu den StudentInnen zu gehören.

Später zogen die StudentInnen in einem Protestmarsch zum Senat, die Teilnehmerzahl stieg auf 4500. Am späten Nachmittag kam es dann zu Straßenschlachten in Paris, von Seiten der StudentInnen hatte es keine militanten Provokationen gegeben, seitens der Polizei aber die Bereitschaft, dem Ganzen ein Ende zu machen. Ein Polizist lag seit dem 3. Mai im Koma. Zwischen Tränengas, Schlagstöcken und Pflastersteinen fanden sich in der Demonstrationen verschiedenen politische Akteure zusammen, von den Anarchisten um Cohn-Bendit, über die Trotzisten der JCR und den Maoisten ULC, sowie Mitgliedern des nationalen Studentenverbandes UEC.

Trotz vieler theoretischer Differenzen waren sich diese Gruppen in ihrer Zielvorstellung einig, die Proteste sollten nicht an den Unis bleiben, die Arbeiterbewegung und die Migranten sollten gemeinsam mit den StudentInnen in Frankreich das kapitalistische System nicht nur in Frage stellen, sondern am besten stürzen. Daher gingen die StudentInnen in die Betriebe und agitierten für einen gemeinsamen Generalstreik.

Der Generalstreik

In den folgenden Maitagen kam es ganz Frankreich zu Unistreiks. Infolgedessen riefen alle Gewerkschaften zum Generalstreik am 13. Mai auf, nur die stalinistische CGT fehlte – auf die Rolle der Stalinisten wird noch extra eingegangen.

Der StudentInnenbewegung gelang der Brückenschlag zu den ArbeiterInnen, am 13. Mai kam es zu ersten gemeinsamen Demonstrationen in Paris. ArbeiterInnen von Renault verfassten damals ein Flugblatt, in dem stand: „Wenn wir wollen, dass unsere Lohnerhöhungen und unsere Forderungen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen Erfolg haben, wenn wir nicht wollen, dass sie ständig bedroht sind, dann müssen wir jetzt für eine grund-

legende Veränderung in der Gesellschaft kämpfen ... Als ArbeiterInnen sollten wir selbst danach streben, den Gang unserer Unternehmen zu kontrollieren. Unsere Forderungen sind denen der StudentInnen ähnlich. Die Verwaltung der Industrie und die der Universität sollten von denen, die dort arbeiten, auf demokratischem Weg sichergestellt werden.“ Die Forderung nach einer Räteherrschaft verband StudentInnen und ArbeiterInnen, in den darauf folgenden Tagen kam es in ganz Frankreich zu wilden Streiks und Besetzungen, bei Renault, in der Flugzeugindustrie, im öffentlichen Dienst...

Diese Bewegung forderte keine Verbesserungen oder Reformen am kapitalistischen System. Hier wurde die revolutionäre Perspektive eingefordert – Räteherrschaft in Fabriken und Unis.

Innerhalb weniger Tage breitete sich diese revolutionäre Streikbewegung in ganz Frankreich aus. Streikten am 17. Mai „nur“ 200 000 ArbeiterInnen – so waren es eine Woche später schon mehr als 11 Millionen. Von den Anfängen von Nanterre bis zum politischen Generalstreik waren grade mal 2 Monate vergangen. Eine revolutionäre Bewegung von StudentInnen, SchülerInnen und ArbeiterInnen legte das Land lahm und zwang die politische Führung quasi zur Flucht.

Der Verrat der Stalinisten

Der damalige französische Präsident General de Gaulle erkannte anscheinend die Situation im Land und hielt sich ab Ende Mai bevorzugt bei den Französischen Truppen im Nachbarland Deutschland auf. Dort waren mehrere Divisionen stationiert, sie waren die Versicherung des bürgerlichen Systems. In ihnen hatte der Präsident noch eine militärische Alternative. Gleichzeitig begannen in verschiedenen Ministerien die Beamten die Unterlagen zu vernichten, ähnlich einer Firma kurz vor dem Konkurs, ist dies ein Zeichen des nahenden Endes und der Gewissheit, „belastendes“ Material besser nicht in die Hände der Gegner kommen zu lassen.

Dieses Handeln belegt das auch der Staat von einer revolutionären Situation ausging, von Fabrikbesetzungen ist es auch nur ein kleiner Schritt zur Besetzung von staatlichen Institutionen, wie Ministerien und Parlamenten. Allerdings konnte sich der französische Staat auf die KPF und die CGT verlassen, diese stalinistischen Organisationen sahen nämlich keine revolutionäre Situation im Land.

Von Beginn an wurde die StudentInnenbewegung von den Stalinisten bekämpft, auch als die ArbeiterInnen sich den Protesten anschlossen und der politische Generalstreik auf der Tagesordnung stand, waren die Stalinisten von KPF und CGT die entschiedensten Verteidiger der kapitalistischen Verhältnisse. Selbst als mehr als 11 Millionen ArbeiterInnen streikten sprach die KPF Führung nicht von einer revolutionären Situation. Die



Flucht

Arbeitslos nach Deutschland fliehen

StudentInnen wurden als „Unruhestifter“ und „Abendteurer“ verleumdet und auch die Aufrufe an die ArbeiterInnen wurden bekämpft und zurückgehalten. Der Stalinismus offenbarte sein reformistisches Gesicht, der KPF und CGT ging es um Lohnforderungen, die Erhöhung des Mindestlohns etc.- die revolutionäre Situation wurde verleugnet und der eigene Einfluss genutzt um dem bürgerlichen Staat zu dienen.

Im sog. „Abkommen von Grenelle“ verhandelten die Stalinisten eine Erhöhung des staatlichen Mindestlohns, von den Unternehmern wurden sogar 35% in Aussicht gestellt wenn die CGT ihren Einfluss nutzte um die Besetzungen zu beenden. Diese Zugeständnisse von Kapital und Staat wurden von den Stalinisten als große Erfolge gefeiert, wohlwissend das sie nichts dazu beigetragen hatten – allerdings verringerte sich ihr Einfluss, die ArbeiterInnen, z.B. bei Renault wollten diesem „Kompromiss“ nicht folgen und setzten ihren Streik und ihre Besetzung fort. Ab Ende Mai gab es die ersten Versorgungsengpässe, Räte von Beschäftigten organisierten die Energieverteilung – die ersten Schritte zur Übernahme der Produktionsmittel und der öffentlichen Verwaltung waren der revolutionären Bewegung gelungen.

Die Ankündigung von Neuwahlen

Während der bürgerliche Staat also schon begann, seine Akten zu vernichten und die Kontrolle des ökonomischen und öffentlichen Lebens in die Hände der Räte übergang, waren die Stalinisten treue Vasallen des bürgerlichen Systems. Noch am 27. Mai verleugnete die Führung der KPF eine revolutionäre Situation, sie wollten vor allem „Ruhe und Ordnung“ durch vorgezogene Neuwahlen wieder herstellen. Dies gefiel vor allem dem in Baden-Baden verweilenden Staatspräsidenten De Gaulle.

In einer Ansprache ging De Gaulle auf die Forderung ein, er löste die Nationalversammlung auf und kündigte Neuwahlen für den 23. Juni 1968 an. Gleichzeitig drohte er mit Verhängung des Ausnahmezustands und einem harten Eingreifen der Armee. Dies wurde für den Fall angekündigt, dass die StudentInnen und ArbeiterInnen ihren Streik fortsetzen. Am 30. Mai mobilisierte dann die Rechte in Frankreich 1 Million Demonstranten.

Bei den Wahlen konnten die Gaullisten ihre Mehrheit weiter ausbauen, als Folge dessen wurden zahlreiche politische Gruppen, darunter alle trotzkistischen Gruppen vom Staat verboten.

1968 hat gezeigt, dass die radikale linke Jugend, wenn sie sich mit den ArbeiterInnen zusammenschließt, den Kapitalismus ins Wanken bringen kann. Heute, nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Sowjetunion und der fortschreitenden Krise des Kapitalismus haben sich die Voraussetzungen für uns Revolutionäre verbessert. Wir müssen unsere Konzepte verstärkt propagieren und uns international organisieren. Der Bedarf für eine neue, eine fünfte Internationale ist größer denn je.

von Lothar aus Kassel



Bundeswehr = Heilsarmee?

Seit März 2006 wurde die Frage laut, ob deutsche Truppen in der bürgerkriegsgeplagten „Demokratischen Republik Kongo“ im Rahmen einer UN-Mission eingreifen würden.

Also in jenem Land in Zentralafrika, das noch in den 90er Jahren Zaire hieß, und in dem es schon seit der Unabhängigkeit von Belgien 1960 praktisch ununterbrochen Krieg zwischen der Regierung in Kinshasa und verschiedenen – teilweise von Nachbarstaaten gestützten – Rebellengruppen gibt.

Dabei wurde ganz bewusst der humanitäre Charakter dieser Mission in den Vordergrund gestellt. Weiterhin wird das Ziel „Demokratie bringen“ wieder verkündet, welches in dieser Form schon im Irakkrieg und etlichen anderen Konflikten betont wurde. Der Eindruck entsteht, als handle es sich um ein zumindest akzeptables Projekt, welches den besonders leidenden Menschen im Kongo zu Hilfe käme: Dass solche Aussagen aus dem linksliberalen bürgerlichen Spektrum kommen, scheint nicht weiter verwunderlich. Doch auch einige Linke lassen sich nur allzu schnell auf das Märchen „Hilfseinsatz“ ein.

Das Rädchen der Kriegsökonomie

Der Kongo verfügt über viele und wertvolle Rohstoffe. So wird im Kongo vor allem Diamant in riesigen Mengen, eine große Menge von Gold, Kupfer und Kobalt abgebaut bzw. zumindest dort vermutet. Neben diesen ohnehin sehr begehrten und wichtigen Rohstoffen ist ein Rohstoff im Kongo besonders interessant:

Vom Pentagon als „strategische Ressource“ eingestuft, gehört das oft als schwarzes Gold bezeichnete Rohmaterial Coltan zu den wichtigsten Bestandteilen von kleinen Kondensatoren mit hoher elektrischer Kapazität, wie sie in Handys, Multimedialegeräten und auch in Waffensystemen genutzt werden. Experten vermuten, dass 80% des weltweiten Coltanvorkommens im Kongo liegen.

Beim Abbau des Coltans in der Demokratischen Republik Kongo sind vor allem auch deutsche Konzerne beteiligt. So beispielsweise die Masingiro GmbH (Burgthann), die schon zu Zeiten des berüchtigten und von den imperialistischen Staaten eingesetzten und gestützten Diktators Mobutu im Kongo aktiv war und den Abbau von Coltan organisierte. Diese GmbH beliefert vor allem multinationale Konzerne, wie z. B. die H.C. Starck, die ihrerseits eine Tochtergesellschaft der Bayer AG ist.

Für die geeignete Infrastruktur zum Abbau der Rohstoffe im großen Stil sorgt sich unter anderem auch der Konzern Thyssen-Krupp, der in altbekannter Manier nach Plänen aus der Kolonialzeit Eisenbahnlinien plant und bauen will, dazu jedoch stabile politische und gesellschaftliche Verhältnisse benötigt.

Der Gewinn ist sicher

Aber nicht nur mit Hilfe des offiziellen Staates kommen Konzerne an die begehrten Rohstoff-

fe. So wurde der Bürgerkrieg nicht nur von der Regierung des Kongo mit Rohstoffen bezahlt, sondern auch die Rebellen im Osten und Süden des Landes nutzen diese Einnahmenquellen um sich mit Waffen einzudecken. Die Rohstoffe (Coltan, Holz, Diamanten, Gold) werden von den Rebellen bevorzugt über Uganda verkauft, das seine Goldexporte dadurch im Laufe des Bürgerkrieges verzehnfachte.

Wichtigster Abnehmer dieser eigentlich illegal über Uganda, aber auch Ruanda, verkauften Mengen an Coltan und anderen Rohstoffen sind vor allem Deutschland und die USA. Dies stellte selbst die UN in mehreren Berichten fest.

Das bedeutet, dass aus Deutschland stammende Konzerne im Allgemeinen und der deutsche Staat im Besonderen nicht nur durch den Krieg in einer ekelerregenden Weise Vorteile und Gewinn ziehen, sondern auch - durch die wechselseitige Unterstützung der Kriegsparteien – den Krieg am Leben erhalten und fördern.

Eben jenen Krieg, den die BRD nun innerhalb einer UN-Mission zu beenden sucht!

Die Perfidität dieses Systems wird noch erhöht wenn man bedenkt, dass Konzerne wie etwa Thyssen-Krupp nicht nur beide Kriegsparteien unterstützen, sondern auch mit dem daraus gewonnen Geld wieder neue Waffen entwickeln und produzieren, welche wiederum mithelfen den Konflikt im Kongo aufrechtzuerhalten.

Die Interessen des Kapitals

Gerade auch Thyssen-Krupp kann mit seinem Eisenbahnprojekt als Beispiel dafür gelten, dass die Interessen der Konzerne, auch durch die gestiegene Nachfrage nach Coltan, mittlerweile nun eher im effektiven und großflächigen Abbau der reichen Rohmaterialien im Kongo liegen. Das dafür benötigte stabile kapitalistisch-politische und -gesellschaftliche Klima ist zurzeit aber nicht vorhanden, aus Gründen, die - wie oben schon gezeigt - durch die Konzerne selbst verursacht wurden.

Daher würde eine Intervention der entwickelten kapitalistischen Länder, ähnlich der im Irak, zur Sicherung der Rohstoffe und zur Sicherung der gewünschten Umgestaltungen im Sinne des Kapitals, den multinationalen Konzernen viel Arbeit ersparen.

Für uns Linke dürfte klar sein, dass eine Intervention im Kongo ausschließlich auf eine bessere Versorgung mit Rohstoffen und einer damit verbundenen Profitmaximierung der Konzerne abzielt. Wahrscheinlich ist weiterhin, dass solche Interventionen zum Regelfall werden. Der Kongo kann auch ein „Testfeld“ sein für zukünftige Operationen der EU und der USA. Das heißt im Klartext, dass dieser Einsatz eine imperialistische Aggression wäre, der die Reihe imperialistischer Kriege und anderer Militäroperationen, etwa im Irak, Afghanistan und Jugoslawien, nicht nur fortsetzt.

von August aus Königs Wusterhausen

Repression zu Newroz



Riesige Menschenmassen tummeln sich auf den Festplätzen und singen auf Kurdisch. Millionen von KurdInnen begehen ihren Nationalfeiertag Newroz am 21. März.

In Türkisch-Kurdistan leben 15-20 Millionen Menschen. Überall sind die Farben Gelb, Grün, Rot – die Farben der kurdischen Fahne – zu erblicken. Mindestens genau so viele Fahnen der PKK (Partiye Karkeren Kurdistan; Kurdische Arbeiterpartei) und des PKK-Vorsitzenden, Abdullah Öcalan, werden in der Luft geschwenkt. Eigentlich sind solche Fahnen verboten, aber die Polizei kann nichts unternehmen. In türkischen Fernsehsendern, die entweder vom Staat oder anderen türkischen Chauvinisten kontrolliert werden, wird gemeldet: Die Leute, die diese Fahnen tragen, seien Terroristen. Der türkische Staat geht soweit, dass er Hunderttausende zu Terroristen erklärt.

Für die ungebrochene Sympathie zur PKK gibt es aber einfache Gründe. Die PKK ist die einzige Partei in der Türkei, die sich je wirklich für die Rechte der KurdInnen eingesetzt hat. In den Augen von Millionen KurdInnen ist dieses Kürzel mit dem Kampf gegen Unterdrückung und für Selbstbestimmung verbunden.

Die gefallenen Guerillas

14 kurdische Guerillas der HPG (militärischer Arm der PKK) fielen wenige Tage später in den Bergen Kurdistans im Kampf gegen das türkische Militär, das immer noch der chauvinistischen, kemalistischen Ideologie nachhängt. Viele KurdInnen nahmen aus Solidarität an der Beerdigung teil. Es fanden unerlaubte Demonstrationen statt. Türkische Jets flogen enorm tief über die Köpfe der kurdischen Demonstranten hinweg. Die nächsten Demonstrationen, für die man jetzt auch noch zwei Gründe hatte – nämlich die Massaker an den Guerillas und die gezielten Provokationen der Armee –, wurden gewaltsam mit Panzern aufgelöst.

Das Fass war übergelaufen. Überall entflammten Proteste und Demonstrationen. Vollerorts musste die Polizei weichen, da sie auch von der Zivilbevölkerung angegriffen wurde und konnte erst wieder einrücken, als Verstärkung eintraf. Die Polizisten wurden mit Molotow-Cocktails und Steinen beworfen. 15 ZivilistInnen starben, darunter 3 Kinder.

Reaktion der Chauvinisten

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Während die legale kurdische Partei DTP (Partei für eine demokratische

Gesellschaft) und türkische Linke zu Ruhe mahnten, gingen in vielen Städten, die von der rechtsradikalen MHP (Nationalistische Bewegungspartei) dominiert werden, Faschisten auf die Strasse, demolierten kurdische Geschäfte und lynchten „Kommunisten, Kurden und Terroristen“.

Die nationalistische türkische Presse brandmarkte die Proteste als eine „Gefährdung der türkischen Staatseinheit“ und forderte ein hartes Durchgreifen: Man sollte den Ausnahmezustand ausrufen und das Militär in die Unruhegebiete lassen. „Das Militär werde schon Ordnung schaffen“, meinten türkische User im Internet.

Die Proteste flauen allmählich ab. Die KurdInnen haben viele Opfer zu verzeichnen. Man fand entstellte Leichen von kurdischen Häftlingen, die wegen „illegaler Proteste und Sympathie mit dem Terrorismus“ inhaftiert waren. Aber die PKK hat reagiert: Sie hat für die gefallenen Guerillas Rachezüge unternommen und türkische Soldaten und Offiziere erschossen.

Die stalinistische Partei

Die PKK wurde 1978 als stalinistische Partei gegründet. Die PKK war die erste Partei im türkischen Staat, die Kurdistan ins Spiel brachte. Denn Kurdistan gab es damals offiziell nicht, selbst das Wort Kurdistan war verboten.

Nachdem viele SympathisantInnen der PKK vom türkischen Staat ermordet wurden, nahm sie 1984 den bewaffneten Kampf auf. Ihr Ziel war ein kurdischer Staat, der sozialistisch (beziehungsweise „realsozialistisch“) sein sollte. Dieser Kampf dauerte bis 1999, als der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan durch ein internationales Komplott in Kenia von amerikanischen und türkischen Spezialeinheiten verhaftet wurde. Von da an wechselte die PKK ihren Kurs und änderte mehrmals den Namen.

Die PKK war bereit zu verhandeln, doch der türkische Staat lehnte dies ab. Abdullah Öcalan sitzt seit sieben Jahren unter menschenunwürdigen Bedingungen in Isolationshaft auf einer Insel, die permanent bewacht wird und hat nur selten die Gelegenheit, mit seinen Anwälten zu reden.

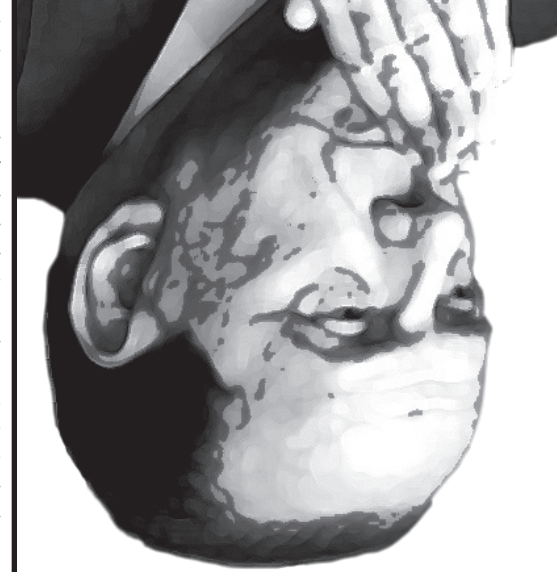
Die PKK wurde ihrem kommunistischen Namen nie gerecht, erstens weil sie stalinistisch war, zweitens weil sie eher patriotisch als klassenkämpferischen Charakter besaß. Die Partei hat aber viele fortschrittliche Elemente in ihrer Politik. Zum Beispiel setzt sich die PKK für die Befreiung der Frau ein und unterhält eine eigene, selbstständige Frauenarmee.

Doch ihre Strategie – Guerilla-Kampf auf der einen Seite und Verhandlungen mit dem türkischen Staat auf der anderen –, ist zum Scheitern verurteilt. Die Guerilla-Einheiten werden nie die von den USA aufgebaute türkische Armee schlagen, und die Verhandlungsführer werden den türkischen Staat nie dazu bringen, den KurdInnen Selbstbestimmung zuzugestehen.

Ein Ende der Unterdrückung der KurdInnen kann nur im vereinten Kampf mit den türkischen und irakischen ArbeiterInnen gegen den Kapitalismus und die imperialistischen Mächte erreicht werden.

von Cenk aus St. Gallen (CH)

Affin



Am 9. und 10. April waren Millionen ItalienerInnen dazu aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Gegenüber standen sich das Mitte-Links-Bündnis des ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Prodi und das Mitte-Rechts-Bündnis Berlusconi.

Bereits im Vorfeld der Wahl flogen heftig die Fetzen. So kam es z. B. zu einigen verbalen Attacken Berlusconi, in denen er unter anderem die Wähler der Linken als „Idioten“ bezeichnete. Außerdem behauptete Berlusconi, unter Mao in China seien Kinder gekocht worden, um die Felder zu düngen.

Natürlich nutzte Berlusconi seine Medienmacht, um seine antikommunistische Propaganda zu verbreiten. Auf seinen drei Privatsendern und den drei staatlichen Fernsehanstalten konnte er so beliebig vor den Linken warnen, von denen er behauptete, sie würden im Falle eines Wahlsieges ganz Italien mit Terror überziehen. Neben dem Fernsehterror, den Berlusconi praktizierte, mussten sich die ItalienerInnen auch noch die riesigen Berlusconi-Plakate ansehen, die an fast jeder Straßenecke klebten.

Außerdem verglich Berlusconi sich binnen weniger Wochen mit Churchill („So wie Churchill gegen die Nazis gekämpft hat, werde ich gegen die Kommunisten kämpfen“), mit Napoleon („Nur Napoleon hat mehr getan als ich“) und mit Jesus („Ich bin der Jesus Christus der Politik, ein Opfer, leidend, ich nehme alles auf mich, ich opfere mich für jeden“), wofür er allerdings die Kritik mehrerer Bischöfe einstecken musste, die befürchteten, er könne sich jeden Augenblick zur Gottheit erklären.

Das Ergebnis

Doch schließlich war der Wahlkampf inklusive seiner Schlammschlachten vorbei und die ItalienerInnen wurden an die Urnen gerufen.

Auch wenn sich Berlusconi wie verzweifelt an sein Amt klammert und wahrscheinlich am Liebsten so lange zählen würde, bis er gewonnen hat, scheint das Ergebnis festzustehen. Im Abgeordnetenhaus schlug Prodis Mitte-Links-Bündnis den Berlusconi-Block nur haarscharf mit 0,1% mehr Stimmen. Auch im Senat fiel

Vederci, Silvio!

Salve, Romano! Nach den Wahlen in Italien: Berlusconi geht. Prodi kommt. Ein guter Tausch?

die Entscheidung nicht viel deutlicher aus. Hier siegte Prodi nur mit zwei Sitzen Vorsprung.

Doch das Mitte-Links-Bündnis wird wohl eine einigermaßen stabile Regierung bilden können, da ihr ein Gesetz zugute kommt, welches eintritt, wenn kein Bündnis die 50%-Marke erreicht. Dieses Gesetz besagt, dass in diesem Falle dem Bündnis mit dem höchsten prozentualen Stimmenanteil automatisch 340 der insgesamt 630 Sitze zustehen. Mit 49,8% kann Prodis Mitte-Links-Bündnis daraus seinen Vorteil ziehen.

Die Bündnisparteien

Aber wer ist eigentlich gemeint, wenn man vom Mitte-Rechts-Bündnis oder dem Mitte-Links-Bündnis spricht? Im Jahre 2003 sagte Berlusconi folgendes: „*Mussolinis Diktatur war, wie soll ich sagen, sanftmütig. Mussolini hat nie jemanden umgebracht. Mussolini schickte die Leute in die Verbannung, damit sie Ferien machen konnten.*“

Dieser Satz zeigt sehr gut, mit welchen Leuten sich Berlusconi am Besten versteht. Auch dieses Mal waren zwei neofaschistische Parteien in seinem Bündnis vertreten, die ihm insgesamt über 15% einbrachten. Eine der beiden Parteien wird von der Mussolinienkelin Alessandra Mussolini geführt. Bei der zweiten faschistischen Partei, der „Alleanza Nazionale“, steht Gianfranco Fini an der Spitze. Beide Parteien entstammen ursprünglich der faschistischen Partei Italiens.

Neben den Neofaschisten war natürlich Berlusconis Partei, die „Forza Italia“, vertreten, die trotz eines 6%-Verlustes im Vergleich zu 2001 mit 23,7% die stärkste Partei innerhalb des Mitte-Rechts-Bündnisses ausmacht. Außerdem dabei ist die katholische „Unione dei Democratici Cristiani“ und andere kleine Parteien. Alle zusammen kandidierten unter dem Namen „Casa della libertà“, was soviel wie „Haus der Freiheit“ bedeutet. Kein besonders passender Name für die Irakbesatzer.

Berlusconi ließ sich großwahnsinnig wie immer in allen 27 Wahlbezirken als Spitzenkandidaten aufstellen. Das Mitte-Links-Bündnis setzte auf mehrere Kandidaten. So kandidierte unter anderem auch die Witwe des im Irak ermordeten italienischen Geheimagenten Nikola Calipari für das Mitte-Links-Bündnis.

Prodis Bündnis besteht aus SozialdemokratInnen, SozialistInnen, KommunistInnen, Grünen, ein paar Katholiken und anderen kleineren Gruppen. Fast alle italienischen Parteien sind in einem der beiden Bündnisse vertreten. Nur etwa 0,5% der Stimmen entfielen auf andere Organisationen.

Wofür steht Berlusconi?

Berlusconi kontrolliert drei private Fernsehsender, er ist Besitzer des AC Mailands und ein Versandhaus gehört ihm auch. Berlusconi ist der reichste Mann Italiens. Da ist es nicht schwierig zu erraten, für wen Berlusconi Politik mach-

te. Wie unter jeder bürgerlichen Regierung fand natürlich auch unter Berlusconi eine massive Umverteilung von unten nach oben statt. In Berlusconis Fall kam sogar noch Amtsmissbrauch zu seinen Gunsten dazu. Berlusconi steht schon lange unter dem Verdacht der Bestechung, Korruption, Bilanzfälschung und der Kooperation mit der Mafia. Allerdings kam es nie zu einer Verurteilung, da Berlusconi immer rechtzeitig Gesetze erließ, um sich zu schützen. So verabschiedete das Parlament zum Beispiel ein Gesetz, welches die Verjährungszeit bei Verbrechen für Abgeordnete auf zwei Jahre heruntersetzte. Das führte dazu, dass viele Verfahren wegen Verjährung fallengelassen wurden.

Die AktivistInnen von den Demonstrationen gegen den G8-Gipfel in Genua im Jahr 2001 können sich allerdings nicht an dem Gesetz erfreuen, denn für sie gilt es nicht. Bis heute müssen sich einige von ihnen vor der Justiz verantworten. Des weiteren fiel Italien während Berlusconis Regierung bei der 3.-Welt-Hilfe europaweit auf den letzten Platz.

Wofür steht Prodi?

Prodi wird die italienischen Truppen aus dem Irak abziehen. Das ist allerdings eine der wenigen guten Änderungen, die das Mitte-Links-Bündnis mit sich bringt. Wer sich eine Kursänderung in der Sozialpolitik erhofft hat, wird von den nächsten Monaten enttäuscht sein.

In der Mitte der neunziger Jahre leitete Prodi unter anderem die Privatisierung des gigantischen, staatlichen Konzerns IRI ein. Als er 1996 das erste Mal italienischer Regierungschef wurde, führte er drastische Sozialkürzungen durch, während er die Sozialabgaben für Unternehmen um 5 Prozentpunkte senkte. Nach dem Wahlsieg Berlusconis wurde Prodi EU-Kommissionspräsident. Als solcher setzte er sich für die Einführung des Euros und für die EU-Osterweiterung ein, um die europäische Union als neoliberalen Block auszudehnen. Der Traum von einem linken Italien zerplatzt angesichts dieser Fakten wie eine Seifenblase.

Prodi wird die neoliberale Politik seiner Vorgänger fortführen. Dieses Programm tragen auch die zwei „kommunistischen“ Parteien mit, welche in Prodis Bündnis vertreten sind. Während die eine mit nicht mal 2% eher unbedeutend ist, nimmt die andere, die „Rifondazione Comunista“, mit 5,8% einen höheren Stellenwert innerhalb Prodis Bündnis ein. Bei deutschen und anderen europäischen Linken genießt die Partei einen sehr guten Ruf, da sie oft als Paradebeispiel für eine kommunistische Arbeiterpartei angeführt wird. Doch diesen Ruf hat

die „Rifondazione Comunista“ nicht verdient. Zwar vernimmt man ab und zu revolutionäre Rhetorik von den Mitgliedern der Partei, doch in der Praxis bleibt davon nicht viel übrig. In Zukunft werden die „Kommunisten“ die Angriffe auf die Arbeiterklasse ähnlich mitverantworten, wie es in Deutschland bereits die PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern macht.

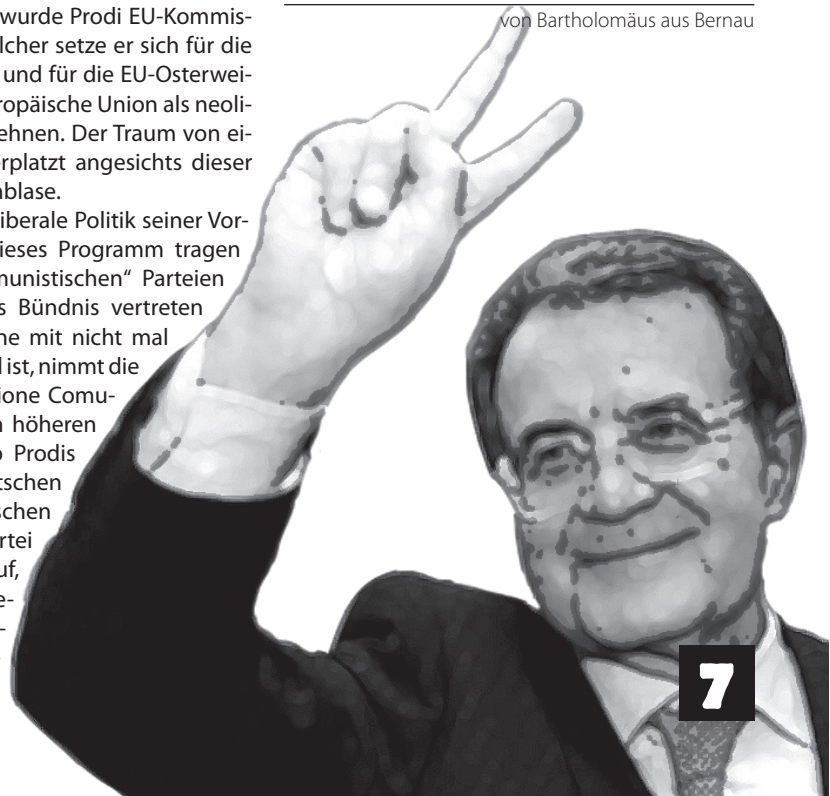
Das italienische Kapital wird also seinen Nutzen von Prodis Wahlsieg haben. Für die Kapitalisten ist es positiv, dass die Regierung Prodi auf einen Dialog mit den Gewerkschaften setzen wird, statt auf permanente Konfrontation wie Berlusconi. Wie auch unter der Regierung Schröder wird es zu einem „Schulterschluss“ zwischen Gewerkschaften und Regierung kommen. Die Gewerkschaften werden sich auf die „Reformen“ einlassen und von der Taktik des Generalstreiks, die in den Jahren viele Sozialabbau-Maßnahmen blockieren konnte, abkehren.

Und was nun?

Wie in allen europäischen Staaten sieht sich auch in Italien keine bürgerliche Partei dazu fähig, die Probleme der Gesellschaft zu lösen. Die WählerInnen haben sich für das „kleinere Übel“ entschieden, doch das darf nicht unser Ziel sein. Übel bleibt Übel. Kapitalismus bleibt Kapitalismus, egal wie „links“ die Regierung redet. Man muss den Menschen die Perspektive einer anderen Gesellschaft eröffnen.

Das führt uns wieder vor Augen, wie wichtig es ist, eine internationale, revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, um die Proteste zu bündeln und eine Strategie gegen das staatenübergreifende neoliberale Projekt „Europäische Union“ zu entwickeln. Denn im Endeffekt gibt es nur eine Lösung: Revolution!

von Bartholomäus aus Bernau



1. Mai ist/bleibt links!

Ein Tag für Bier und Bratwurst? Für Steinwerfer? Für Gewerkschaftsdemos? Der 1. Mai ist...

Der 1. Mai ist ein Feiertag, sagt der kapitalistische Gesetzgeber. Viele Menschen nutzen den Tag, um einfach mal vom alltäglichen Wahnsinn, der sie umgibt, abzuspannen und das verlängerte Wochenende zu genießen.

Chicago vor 120 Jahren: Tausende ArbeiterInnen streiken für Arbeitszeitverkürzung. Damals war der 12-Stunden-Tag und die 6-Tage-Woche normal. Mit der Forderung nach dem Acht-Stunden-Tag gingen damals ArbeiterInnen in der gesamten industrialisierten Welt auf die Straße. Sie wollten endlich von vom technischen und ökonomischen Fortschritt, den sie selbst erarbeitet hatten, profitieren. Mindestens zwei Streikende wurden von der Polizei getötet – nachdem eine Bombe in eine Polizeimenge geworfen wurde, hat der Staat acht Anarchisten ohne jegliche Beweise zu Tode verurteilt. Jedoch konnten die weltweiten Proteste am ersten Mai den Acht-Stunden-Tag in den USA und anderen reichen Ländern durchsetzen.

Deutschland 120 Jahre später: Millionen ArbeiterInnen streiken gegen Arbeitszeitverlängerung, für Lohnerhöhungen, gegen Entlassungen – halt einfach für einen Teil vom Kuchen, den sie selbst backen. In den letzten 120 Jahren hat die Arbeiterbewegung viele sozialen Rechte errungen. Aber diese werden aufgrund der kapitalistischen Krise stückweise zurückgenommen – so soll der erkämpfte Acht-Stunden-Tag durch den 8,2-Stunden-Tag (42-Stunden-Woche) ersetzt werden.

Heutzutage in Deutschland werden selten GewerkschafterInnen ermordet, wenn sie gegen Arbeitszeitverlängerung Kundgebungen organisieren. Doch Streikbrechereinsatz bei CNH und Polizeigewalt bei Infineon deuten an, wozu der kapitalistische Staat noch fähig ist.

Der 1. Mai ist deshalb eben kein Feier-, sondern ein Kampftag. Es geht um den internationalen Kampf der Arbeiterbewegung, denn für den Großteil der Menschheit sind einfache Forderungen wie der 8-Stunden-Tag oder das Recht auf gewerkschaftliche Organisation immer noch nicht durchgesetzt.

Bier und Bratwurst vs. Protest

In den letzten 19 Jahren lag das Hauptaugenmerk der deutschen Öffentlichkeit am 1. Mai jedoch nicht auf den Arbeitskämpfen und Gewerkschaftsdemos, sondern auf Jugendlichen, die sich in den Abendstunden in Berlin-Kreuzberg einen netten kleinen Bürgerkrieg mit der Staatsmacht leisteten.

Dem ging meist eine revolutionäre 1.-Mai-Demo voraus, an der sich in Spitzenzeiten bis zu 15.000 Menschen beteiligten. Diese endete in der Regel mit Polizeiübergriffen, welche die Randalen erst auslösten. Diese Demo war jedes Mal eine Gelegenheit, einen Hauch von Revolution durch die Häuserschluchten der Oranienstrasse wehen zu lassen.

8

Seit 2004 ist dies jedoch etwas anders. Unter extremen Sicherheitsvorkehrungen hat sich das „MyFest“ des

36er Kiezes bemächtigt. Die mit ca. 60 Milliarden Euro verschuldete Stadt Berlin pumpt Millionen von Euro in dieses stupide Volksfest, während an anderer Stelle beispielsweise Jugendzentren geschlossen und Krankenhäuser privatisiert werden.

Die ganze Festivität erfüllt aber verschiedene Zwecke: zum einen ist sie der perfekte Deckmantel für staatliche Repression – während Ottonormalbürger sich vergnügt, können Greiftrupps der Polizei ganz ungestört und beinahe unbemerkt alternative und migrantische Jugendliche aus dem Verkehr ziehen, damit diese keine Chance haben, den erzwungenen Kreuzberger Dorffrieden zu gefährden.

Zum anderen trägt es zu einer massiven Entpolitisierung des 1. Mai bei und folgt damit dem Konzept der Gewerkschaften für diesen Tag. Der „MayDay“ wird zu einem Event gemacht, an dem die Basis mal in Nostalgie schwelgen und sich beweihräuchern darf, während am 2. Mai dann wieder alles aschermittwochsmässig ist, wie es am 30. April war.

Revos Rostock Reise

Ein ganz andersartiger Einnahmeversuch dieser historischen Tages geschieht durch die Naziszene. Seit einigen Jahren mobilisieren rechte Gruppen, meistens unter Verwendung pseudo-antikapitalistischer Phrasen, zu Großaufmärschen – wohl auch in der Hoffnung, dass die Linke an diesem Datum keine Zeit für sie hat.

Dieses Jahr ist Rostock Heimstätte des faschistischen 1.-Mai-Wanderzirkus. Die Stadt ist nicht schlecht gewählt: nicht allzu weit von Berlin und Hamburg entfernt, war sie zu DDR Zeiten Zentrum der Ostdeutschen Wertindustrie, mit der „Wende“ kam der ökonomische Niedergang. Arbeitslosigkeit und Abwanderung folgten: Seit 1990 verlor Rostock 20% seiner EinwohnerInnen.

Rassismus konnte sich in solch einer Atmosphäre leicht ausbreiten und so errang die Stadt 1992 weltweite Berühmtheit, als mehrere tausend Menschen sich im Stadtteil Lichtenhagen an einem Pogrom gegen ein Ausländerwohnheim beteiligten. Wenn es der NPD gelingt, am 1. Mai ihren Aufmarsch durchzuziehen und im September in den Landtag einzuziehen, wird es für die eh schon schwache Linke in MeckPomm nahezu unmöglich werden, noch eigene politische Akzente zu setzen.

Dabei steht in einem Jahr in Heiligendamm, 20km westlich von Rostock, der G8 Gipfel an. Wenn wir eine starke internationalistische Mobilisierung gegen das Spitzentreffen der imperialistischen Großmächte erreichen wollen, dürfen wir die ganze Region vor Ort nicht den Nazis überlassen. Deshalb am 1. Mai nach Rostock! G8 und NPD werfen wir in die Ostsee! 1. Mai ist und bleibt Links!

von Carsten aus Lichtenberg



Graffiti ist kein Verbrechen!

Revo-Redebeitrag auf der Demo gegen den Anti-Graffiti-Kongress

Die Repression gegen die Graffiti-Szene nimmt ein wahnsinniges Ausmaß an. Vor kurzem wurde in Italien ein Sprayer von der Polizei erschossen. Im Vorfeld des Anti-Graffiti-Kongress letztes Jahr gingen Hubschrauber und Mannschaftswagen der Polizei auf die Jagd nach SprayerInnen. Dabei wurde ein unbeteiligter Motorradfahrer überfahren.

Aber warum die ganze Repression? Lläuft der Staat nur deswegen Sturm, weil wir ein paar Wände beschmierem? Ich glaube nicht! Es geht dem Staat darum, Jugendliche zu kriminalisieren. Die Gesetze gegen Graffiti, gegen Drogen, gegen Raubkopien usw. dienen dazu, verschiedene Jugendkulturen zu unterdrücken.

In den letzten zehn Jahren sind über hundert Berliner Jugendzentren geschlossen worden. Wir Jugendliche, die keine Hoffnung auf eine Ausbildung, ein Studium oder einen Arbeitsplatz haben, werden auf die Straße getrieben. Wir sollen in ein Einkaufszentrum gehen und konsumieren, oder wenn wir uns das nicht leisten können, dann sollen wir am besten einfach verschwinden.

Aber es geht um mehr als Repression. Wenn wir etwas an eine Wand schreiben, stellen wir damit die Frage: wem gehört diese Wand? Gehören die Wände den Menschen, die im Kiez leben? Oder gehören sie irgendwelchen Spekulanten aus Charlottenburg? Graffiti stellen das Eigentumsrecht in Frage.

Wenn Menschen sich über Graffiti aufregen - und das tun sehr viele -, so beschwerten sie sich kaum über die wahre Plage im Stadtbild: die Werbung. Ja, Werbung. Die Werbe-Chaoten malen ihre Namen auf allen möglichen Wänden, es stört, es ist hässlich und vor allem, niemand will es sehen. Warum wird das gesellschaftlich ak-

zeptiert? Weil es zu den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen passt.

Das kapitalistische System basiert darauf, dass der ganze gesellschaftliche Reichtum sich im Privatbesitz befindet. Wer ganze Wohnblöcke besitzt, kann damit machen, was er will. Das heißt, er kann den Namen von McDonalds in riesigen Buchstaben darauf malen. Er kann aber einem Sprayer verbieten, sein eigenes Tag darauf zu malen.

Die Medien gehören natürlich auch zum Privatbesitz von wenigen reichen Menschen. Zwar gibt es offiziell Meinungs- und Pressefreiheit, aber was nützt uns das, wenn wir keine Zeitungsdruckereien, Fernsehsender oder Radiosender haben? Wir Jugendliche haben kaum eine Möglichkeit, uns auszudrücken. Wir haben keine Möglichkeit, die Stadt, unseren ganzen Lebensraum (mit)zugestalten.

Die Wände gehören uns!

Deshalb hat der Versuch, sich selbst ins Stadtbild einzubringen, in dem man Züge oder Betonwände bemalt, etwas emanzipatorisches an sich. Er bedeutet die Zurückeroberung des öffentlichen Raumes, der durch Privatisierung immer mehr zum Spielzeug von Konzernen wird.

In Venezuela und anderen lateinamerikanischen Ländern ist es normal, dass arme Slumbewohner und linke Aktivisten ihre politische Botschaften durch Wandmalerei rüberbringen. Dort heißt es sprichwörtlich: „Die Wand ist die Zeitung der Massen.“ Auch in Berlin müssen die Wände zu Massenzeitungen werden. Stellt euch mal vor, es würden im Vorfeld des G8-Gipfels nächstes Jahr in Heiligendamm S-Bahnzüge vorbei fahren, von oben bis unten bemalt



mit „STOPPT DIE G8!“

Letztendlich wollen wir nicht nur das Recht, die Wände von anderen zu besprühen. Wir wollen die Wände selbst. Wir wollen die Medien, die Schulen und die Fabriken in die eigenen Hände nehmen. Wir wollen eine Welt, in der jeder Mensch so leben und sich ausdrücken kann wie er oder sie möchte. Wir wollen eine Welt, in der wir die Wände nicht besprühen müssen!

Das geht nur, wenn die Menschen, die ausgebeutet oder ausgegrenzt werden, also Migranten, radikale Jugendliche und Arbeiter, gemeinsam gegen das kapitalistische System kämpfen. Um mit einer klassischen Graffiti-Parole, die in aller Welt bekannt ist, abzuschließen: Viva la revolution!



300 Leute auf der Demo gegen den Anti-Graffiti-Kongress

Rund 300 Jugendliche haben am Sonntagabend in Berlin gegen den bevorstehenden Anti-Graffiti-Kongress am 26. und 27. April demonstriert. „Graffiti ist kein Verbrechen“ war auf dem Fronttransparent zu lesen, in dicken Graffiti-Buchstaben natürlich.

Bei dem Kongress der Initiative „Noffiti e.V.“ werden Reinigungsfirmen, Polizisten und Bürgermeister über härtere Strafen und „Null Toleranz“ gegen die Graffiti-Szene diskutieren. Die Demonstranten dagegen forderten andere Lösungen: Statt Millionen in Videoüberwachung, Hubschraubereinsätze, Haftanstalten zu investieren, sollte das Geld sinnvoller für neue Jugendeinrichtungen eingesetzt werden. „Graffiti sind ein Ausdruck der Perspektivlosigkeit der Jugendlichen“ sagte Adrian Wendel vom Bünd-

nis „Pro-Graffiti“ gegenüber einem ZDF-Kamerateam. Dass Berliner Sprayer nun auch Flusssäure einsetzen, sei Resultat des „Aufrüstungs-wettbewerbs“ zwischen Sprayern und Polizei. Diese Spirale kann nur durchbrochen werden, in dem man sich „mit den Kids an einem Tisch setzt“. Zufälligerweise zog die Demo auch am Landesparteitag der Berliner WASG vorbei. Viele Delegierte begrüßten die Demonstration, einige schlossen sich spontan an.

Aus Angst, dass die SprayerInnen während der Demo ihre verbotene Kunst praktizieren könnten, hat die Polizei keine Schikane ausgelassen: So wurden Jugendliche, die die Demo kurz verließen, um pinkeln zu gehen oder Kartons aus dem Müll zu holen, um darauf etwas zu sprayen, verfolgt und kurzzeitig festgenommen.

Außerdem hat die Polizei die Auflage erteilt, dass wegen der Anmeldung als politische Veranstaltung nur 50 Prozent der Zeit Musik gespielt werden dürfte. Weil es angeblich während der Demonstration schon zu viel Musik gegeben hatte, so durften bei der Abschlusskundgebung auf dem Marianenplatz nur noch Redebeiträge gehalten werden.

Am Mittwoch beginnt der Anti-Graffiti-Kongress im Roten Rathaus. Um 14 Uhr gibt es vor dem Neptunbrunnen eine Kundgebung mit Musik und Graffiti-Wettbewerb.

In den letzten zwei Jahren hat REVOLUTION die Pro-Graffiti-Proteste mitorganisiert, und wir werden gegen jede Kriminalisierung von Jugendlichen mobilisieren.

von Wladek aus Kreuzberg | www.pro-graffiti.tk

Was ist eigentlich ein...

Betriebsrat?

Kraft.

Ein Jahr später schon wurde unter heftigem Protest der Arbeiterklasse das Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz gilt noch bis heute und setzt den Betriebsräten eine Schweige- und Friedenspflicht, also ein Verbot von Arbeitskämpfen, auf.

Das letzte Unternehmen aus dem Deutschen Aktienindex, der Softwaregigant SAP, soll auf Antrag eines Teils der Belegschaft einen Betriebsrat bekommen. SAP-Mitbegründer und Ex-Chef Dietmar Hopp schreibt einen offenen Brief an die Belegschaft, spricht über Befürchtungen einer gewerkschaftlichen Fremdbestimmung des Betriebes, mit dem Hinweis, dass die ArbeiterInnen angeblich schon durch den Aufsichtsrat ausreichend vertreten sind und droht mit Standortverlegung, also Massenentlassungen. Die Erpressungen wirken und die Wahl eines Vorstandes für den Betriebsrat wird Anfang März mit 90 Prozent abgeschmettert.

Bei einem Unternehmen dieser Größe ist die Errichtung eines Betriebsrates rechtlich nicht zu verhindern. Deshalb wird der Konzern zu einer Europäischen Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Europa AG erlaubt es auf relativ unbürokratische Weise, den SAP-Unternehmenssitz von Deutschland ins europäische Ausland zu verlegen. Dadurch aber lässt sich nicht nur ein Betriebsrat verhindern, sondern auch jegliche Arbeitermitbestimmung.

Von März bis Ende Mai 2006 werden bei Siemens, Daimler-Chrysler, M-real Zanders und vielen weiteren Unternehmen in Deutschland Betriebsräte gewählt. Verschiedene Studien besagen, dass Unternehmen mit Betriebsrat erfolgreicher sind als solche ohne. Firmen mit einer funktionierenden Mitarbeitervertretung haben Produktivitätsgewinne von bis zu 30 Prozent. Betriebsräte sind somit nicht unbedingt der kapitalistischen Profitlogik abtrünnige Institutionen, sie können den „sozialen Frieden“ in einem Betrieb durchaus sichern. Wovor also solche Angst?

Mitbestimmung

Jegliche Mitbestimmung ist ein Resultat der Arbeiterbewegung und somit des Klassenkampfes. Ihre Ursprünge lassen sich bis zur 1848er Revolution zurückverfolgen, als ein Antrag auf Bildung von Fabrikausschüssen mit begrenztem Mitspracherecht gescheitert ist. Erste Arbeitsausschüsse wurden erst mit der Novellierung der Gewerbeordnung 1891 möglich. Während des 1. Weltkrieges, als wilde Streiks im Jahr 1916 auch Teile der Rüstungsindustrie lahm legten, wurde die Handlangerfunktion von sogenannten „Personalräten“ für das Kapital sichtbar. Diese Funktionäre sollten politisch auf die Belegschaft einwirken, sollten mögliche Streiks abwenden und Kontrolle über die Beschäftigten erlangen.

10 Auf den Ausbruch der Novemberrevolution, als revolutionäre ArbeiterInnen und Soldaten die sozialistische

Wenn ein Betriebsrat...



...droht.

Republik ausriefen, reagierte die Bourgeoisie mit dem Stinnes-Legien-Abkommen. Damit sollten dann Betriebsräte ab einer Zahl von 50 Beschäftigten zugelassen werden.

In der Weimarer Reichsverfassung von 1919 wurde schließlich die Einrichtung von Betriebsräten „zur Wahrung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen“ der ArbeiterInnen und Angestellten verankert. Mit der Niederschlagung der Arbeiteraufstände in der Weimarer Republik waren diese Betriebsräte jedoch nichts mehr als Institutionen der „Gemäßigten“, die der SPD nahe standen. Es folgte das Betriebsrätegesetz von 1920, gegen das sich breiter Protest erhob.

Erschütterungen

Das Gesetz zwang die ArbeiterInnen zur „Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke“ und dazu, „den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren“. Mit diesen „Erschütterungen“ waren Streiks und kommunistische Agitation gemeint. Speziell die deutsche Großindustrie wollte über die Betriebsräte die Belegschaft kontrollieren und auch die SPD wollte sich vor einer „ungeplanten“ Arbeiterbewegung schützen – das waren quasi die Lehren des Kapitals und der Reformisten aus den Jahren 1918/1919.

Als die Nationalversammlung im Februar das Betriebsrätegesetz behandelte, fand vor dem Reichstagsgebäude eine von USPD und KPD getragene Massenkundgebung gegen diesen Entwurf statt. Die Polizei schoss in die unbewaffnete Menge und richtete ein Blutbad mit mehreren Toten an.

Nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes 1945 strebten breite Schichten der Gesellschaft eine Entmachtung der Profiteure des Regimes an. In allen größeren Industrieregionen bildeten sich antifaschistische Komitees und Betriebsräte die die Produktion und die Versorgung der Bevölkerung selbst in die Hand nahmen. Um einer Ausdehnung der Massenbewegung der Arbeiterklasse zu verhindern, trat 1951 das Montan-Mitbestimmungsgesetz für Kohle- und Stahlunternehmen in

Gegenmacht?

Innerhalb des Kapitalismus hört die Demokratie vor dem Werktor auf, deswegen hört sich jegliche Art von Mitbestimmung auf den ersten Blick verlockend an. Betriebsräte sind in ihrer jetzigen Konstituierung mit ihrer Entschärfung des Klassenkampfes Institutionen der bürgerlichen Ordnung. Auch der Kapitalist hat Interesse an Arbeitermitbestimmung im Betrieb, sofern sie ihm stabile Unternehmensverhältnisse verschafft.

MarxistInnen sehen in der Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt der Gesellschaft. Deswegen muss man direkt auf diese Klasse einwirken müssen. Hierzu sind Betriebsräte von Nutzen, denn ihre Funktion als „Berater“ des Unternehmers macht es möglich, Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen. Aber selbst diese Einflussnahme ist nur begrenzt, da ein Betriebsrat nur ein passives, reagierendes Vetorecht hat. Zur Überwindung des kapitalistischen Systems ist es innerhalb eines Betriebes erforderlich, nicht nur ein Einfluss auf die Unternehmensführung zu haben, sondern die volle Arbeiterkontrolle über den Betrieb zu haben.

Was wären unsere Forderungen an einen Betriebsrat? Man kann mit der Wahl in den Betriebsrat keine Entlassungen und „Rationalisierungsmaßnahmen“ aufhalten. Man kann jedoch konsequenter StellvertreterIn der Belegschaft sein, um damit Klassenbewusstsein zu schaffen und die Konflikte innerhalb eines Betriebes auf andere Betriebe auszuweiten und zu politisieren.

Warum will die SAP nun keinen Betriebsrat? Wenn die Unternehmensführung der SAP keinen Betriebsrat haben will, dann nur weil sie bemerkt hat, dass man durch einen Betriebsrat keine „sozialpartnerschaftliche“ Kontrolle mehr über die ArbeiterInnen im Betrieb hat, wie der Streik bei Opel Bochum gezeigt hat, wo die ArbeiterInnen entgegen den Empfehlungen der Gewerkschaften und des Betriebsrates sich für den wilden Streik entschieden.

Dort muss die Arbeit von RevolutionärInnen ansetzen, an der Basis in Verbindung mit kritischen Gewerkschaftlern und Vertrauensleuten muss eine Opposition zur reformistischen Führung entstehen. Gerade die Kämpfe in Frankreich und der Streik im Öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg haben erneut das Versagen der Führung gezeigt – zusammen mit den kritischen Teilen der Gewerkschaft kann die Formierung einer revolutionären Opposition gelingen.

von Okko aus Prenzlauer Berg

Streik bei CNH

Bereits der längste Streik in der Geschichte Berlins

Der mit über 60 Tagen längste Streik in der Geschichte Berlins beim spandauer Baumaschinenwerk von Case New Holland geht weiter. Grund für den Streik Berlins ist die drohende Schließung durch den CNH-Eigentümer FIAT. Das Ziel des Konzerns ist die Produktion nach Italien zu verlagern, um die dortigen Kapazitäten effizienter auszulasten.

Dass dann 400 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren werden spielt natürlich keine Rolle. Dass die Auszubildenden ohne Ausbildungsplätze und ohne Qualifikation nur geringe Chance auf eine würdige Existenz haben, wird ebenfalls in Kauf genommen.

Und das obwohl seit Jahren wieder schwarze Zahlen geschrieben wurden: Im ersten Quartal verzeichnete das Werk einen Plus von mehreren Millionen Euro. Ferner kassiert das Unternehmen Subventionen im Wert von 70 Mio. Euro vom Staat, um dort „zukunftsfähige Arbeitsplätze“ zu schaffen. Angesichts dieser Einnahmen ist eine Schließung nur zynisch.

Da, wo es weh tut!

Deshalb wird gestreikt. Die Blockade zeigt schnell Wirkung, da die Unternehmensführung nicht nur vom unmittelbaren Ausfall der Produktion betroffen ist, sondern der Standort auch Bedeutung für die Logistik des Europa-Netzwerks hat. Es lagern dort Materialien und fertiggestellte Maschinen, die noch nicht an die Kunden ausgeliefert wurden. Der Wert dieser Lagerbestände beträgt mehrere hundert Millionen Euro.

Das Unternehmen versuchte natürlich sein ureigenstes Recht zu gebrauchen und „Arbeitswilligen“ seine Produktionsmittel anzubieten. So wurde der Zugang zur Fabrik mittels Gerichtsentscheidung und Polizei durchgesetzt.

Ferner wurde und wird immer wieder versucht, die gelagerten Maschinen mit Sattel-schleppern abzutransportieren. Dies konnte bislang durch die Blockade der Zufahrten erfolgreich verhindert werden.

Das Vorhaben Streikbrecher aus Italien zum CNH-Werk zu verlagern, hat sich glücklicherweise als Nullnummer erwiesen. Die italienischen FIAT-Arbeiter wollten den Kampf der CNH-Arbeiter nicht sabotieren und solidarisierten sich mit dem Streik. Hier hat sich wieder gezeigt welche große Rolle internationale Solidarität spielt und wie wichtig es ist, sich nicht vom Unternehmer spalten zu lassen.

Durch gute Kontakte zu den italienischen FIAT-Werken konnte die Entsendung von Streikbrechern verhindert werden. Sinnvoller wäre es aber, wenn eine solche Zusammenarbeit nicht nur durch zufällige Kontakte zustande käme, sondern durch eine international agierende Gewerkschaft organisiert würde. Um sich gegen die Angriffe multinationaler Konzerne zu wehren, sind eben auch multinationale Gewerkschaften nötig.

Einen weiteren Schritt in die richtige Richtung gibt es am 1. Mai, wenn die Mitarbeiter von CNH nach Turin fahren um ihre italienischen KollegInnen über ihre aktuelle Situation zu informieren



und internationale Solidarität aufzubauen.

Hier zeigt sich auch, dass rassistische Ansichten (und damit die Verweigerung von internationaler Zusammenarbeit) den ArbeiterInnen nur schaden können. Auch wenn Arbeiter nicht von Natur aus antirassistisch sind, so liegt eine antirassistische Einstellung in ihrem unmittelbaren, ökonomischen Interessen, was durch solche Kampferfahrungen klar wird.

Da es gesetzlich verboten ist, Streiks aufgrund von Werksschließungen zu führen, setzt die IG-Metall offiziell darauf, für einen Sozialtarif zu streiken, durch den die Kosten für Abfindungen u. ä. eine Auflösung des Werkes unrentabel machen würden.

Die Unternehmensführung zeigt sich indes entschlossen, den Streik zu brechen und nicht mit den Arbeitern zu verhandeln, denn ihr deklariertes Ziel ist und bleibt die Schließung!

Die Streikenden haben allerdings nichts zu verlieren und sind ihrerseits entschlossen, den Streik und die Blockade bis zum bitteren Ende aufrechtzuerhalten. Die Sympathie der Bevölkerung ist jedenfalls auf ihrer Seite. Es kann jedoch nur der gemeinsame Kampf von CNH mit anderen spandauer Betrieben wie Osram, Siemens, BMW erfolgreich sein. Dabei wird die Rolle des Aufbaus einer klassenkämpferischen Massenorganisation zentral, die dem ökonomischen Tageskampf politische Perspektiven gibt.

Was kann man tun?

Als allererstes kann man den Streik auf vielfältige Arten unterstützen. Ob Solidaritätsgrüße oder Unterschriftenaktionen oder die eigene Anwesenheit. Die Präsenz von UnterstützerInnen stärkt den Streikenden nicht nur psychisch den Rücken. Man kann sich auch in die Telefonliste einschreiben um, falls ein Durchbruchversuch gestartet wird, schnell informiert zu werden. Dazu kann man Solikomitees aufbauen um den Streik zu unterstützen und den Widerstand zu vernetzen.

Wir fordern gegenüber CNH bzw. FIAT, dass das spandauer Werk erhalten bleibt und alle Beschäftigten ohne Lohninbußen und Arbeitszeitverlängerung weiterarbeiten können.

Die demokratische Kontrolle der ArbeiterInnen über den Betrieb würde ermöglichen, dass solche „bösen Überraschungen“ wie Entlassungen oder Schließungen in Zukunft nicht mehr überraschen. Durch Arbeiterkontrolle wäre es möglich, dass nicht für die Profite des FIAT-Konzerns, sondern im Interesse der Beschäftigten und KonsumentInnen proudziert würde.

von Lucien aus Tempelhof und Tom aus Bernau

Organize

REVOLUTION ist eine internationale kommunistische Jugendorganisation. Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus. Zusammen mit GenossInnen auf der ganzen Welt treten wir für eine World Revolution ein. Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

Revo Berlin

Treffen: Café Rojo - siehe Seite 2
info@onesolutionrevolution.de

Revo Bernau

Treffen: im Dosto - Termin erfragen
www.revo-berna.de
berna@onesolutionrevolution.de

Revo Wolfsburg

Treffen: jeden Donnerstag um 17 Uhr
Jugendhaus Ost, Walter-Flex Weg 2
wolfsburg@onesolutionrevolution.de

Revo BRD

kassel@onesolutionrevolution.de
muenster@onesolutionrevolution.de
osnabrueck@onesolutionrevolution.de
stuttgart@onesolutionrevolution.de

Revo Schweiz

www.revo.ch.tc
revo_info@gmx.ch

Revo Weltweit

CZ revo.revoluce.info
UK www.worldrevolution.org.uk
SE www.revolution.se
AT www.revolution-austria.at
IN revoinonesia.blogspot.com
AU www.onesolutionrevolution.org

Der Weg zur Revolution

Manifest der kommunistischen Jugendorganisation
REVOLUTION
A5-Broschüre, 24 Seiten,
1 Euro



Do It Yourself!

Eine REVOLUTION-Gruppe vor Ort selber aufbauen.
A5-Broschüre, 8 Seiten,
0,50 Euro

Forum

Willst du die Ideen in dieser Zeitung diskutieren?
Dann besuche das Revo-Forum:
www.onesolutionrevolution.de/forum



Blöd

Zeitung der Jugendgruppe
Konterrevolution

Gewalt, Gewalt!

Gewalt, Gewalt, Gewalt, Gewalt!

Schmierer-Chaoten marschieren durch Berlin und schmieren alles voll! Seite 9

Französische Regierung knickt ein wegen ein paar Demo-Chaoten! Seite 3

Streik-Chaoten versuchen, den Standort Deutschland kaputt zu machen! Seite 10

Das Versagen des deutschen Schulsystems wurde erneut offenbar. Während die bürgerlichen Medien über schulische Gewalt berichten, ist kaum zu verheimlichen, dass tiefe soziale Probleme dahinter stecken.

Ende März schickte das Kollegium der Rütli-Hauptschule in Berlin-Neukölln einen „Hilferuf“ an den Senat. Darin beklagten sie die „Aggressivität, Respektlosigkeit und Ignoranz“ der Schüler. Sie schrieben weiter, dass die Lehrerschaft „am Rande ihrer Kräfte“ sei.

Der Brief gelangte an die Öffentlichkeit und sensationslüsterne Journalisten strömten zur Rütli-Schule. Sie berichteten von randalierenden jugendlichen Migrantenkindern und zeigten Bilder von Steinwürfen, für die sie laut Aussagen von Schülern auch gern 70 € bezahlt hatten. „Gewalt ist normal in Neukölln“ war die von den Medien gewollte Botschaft. Jetzt aber sei „ein derart unerträgliches Ausmaß erreicht, dass Schulleiter sich gezwungen sehen, die komplette Auflösung ihrer Schule bei den Behörden zu beantragen“, verkündete Anne Will in den ARD-Tagesthemen.

Mal abgesehen davon, dass es den Verfassern des „Hilferufs“ um die Abschaffung der Hauptschule als solche und nicht darum ging, die eigene Schule zu schließen, ist auch das „unerträgliche Ausmaß“ nicht neu.

Horst Bosetzky, der die Rütli-Schule 1951 verließ, schrieb in der Berliner Zeitung vom 8. April: „Ein Rütli-Schüler, ja das war ich. Zu Schlägereien verabredet, Lehrer geärgert und Schwächere geschlagen – all das, was man heute so liest über die angeblich so schreckliche Neuköllner Schule, das haben wir auch gemacht. Und wir waren keine Ausländer.“ Auch in der Sekundarschule „Karl Marx“ in Gardelegen bei Magdeburg gibt es entsprechende Probleme, auch hier gab es ein Schreiben, einen „Hilferuf“, in dem von „Ohnmachtsgefühlen und Resignation“ die Rede war.

Obwohl der „Ausländeranteil“ an der Karl-Marx-Schule nicht nennenswert ist, wird die öffentliche Debatte über Gewalt an Schulen meist im Zusammenhang mit „Integrationsproblemen“ geführt. So gab es neben unzähligen Artikeln auch im Bundestag eine Aktuelle Stunde zum Thema „Integration und Gewalt an Schulen“, bei der die Themen Gewalt und Migrati-



on fest miteinander verknüpft wurden. Das ist nichts weiter als rassistische Hetze. Denn mit den vielbeschworenen „Integrationsproblemen“ hat die Schulgewalt nur sehr bedingt zu tun.

Aus Arbeiterfamilien

Die Karl-Marx-Schule und die Rütli-Schule verbindet nicht der „hohe Ausländeranteil“, sondern vor allem eines: Die SchülerInnen kommen aus schlecht gestellten Arbeiterfamilien, ihre Zukunft sieht alles andere als rosig aus. Es erwartet sie der Fortlauf der Krise des Kapitalismus: Niedriglöhne, Arbeitslosigkeit, ständige Sozialkürzungen – wachsende Unsicherheit.

Doch ehe man zugibt, dass die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft für die Misere verantwortlich sind, stürzt man sich auf die am stärksten Betroffenen, auf die Flüchtlinge und Migranten und macht deren „mangelnde Integration“ für die Probleme des kapitalistischen Systems verantwortlich.

Dieser Rechtsruck zum Selbstschutz ist ganz natürlich, aber deswegen nicht minder gefährlich. Der staatlich und medial geförderte Rassismus trägt auch schon Früchte. So ist es nicht verwunderlich, dass sogar das Lehrerkollegium der Rütli-Schule ihren „Hilferuf“ mit einer Ausführung über den hohen „Gesamtanteil der Jugendlichen n.d.H. (nicht deutscher Herkunft)“ beginnt.

Auch das Anwachsen faschistischen Gedan-

kenguts in der Bevölkerung, die Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien sind in diesem Zusammenhang zu sehen.

„Wenn wir uns die Entwicklung unserer Schule in den letzten Jahren ansehen, so müssen wir feststellen, dass die Hauptschule am Ende der Sackgasse angekommen ist und es keine Wendemöglichkeit mehr gibt.“

Welchen Sinn macht es, dass in einer Schule alle Schüler/innen gesammelt werden, die weder von den Eltern noch von der Wirtschaft Perspektiven aufgezeigt bekommen, um ihr Leben sinnvoll gestalten zu können. [...] Hauptschule isoliert sie, sie fühlen sich ausgesondert und benehmen sich entsprechend.

Deshalb kann jede Hilfe für unsere Schule nur bedeuten, die aktuelle Situation erträglicher zu machen. Perspektivisch muss die Hauptschule in dieser Zusammensetzung aufgelöst werden zu Gunsten einer neuen Schulform mit gänzlich neuer Zusammensetzung. [...]

2009 wird unser Schulgebäude 100 Jahre alt und wir hoffen, dass bis dahin eine Schule geschaffen werden kann, in der Schüler/innen und Lehrer/innen Freude am Lernen bzw. Lehren haben.“

Ein frommer Wunsch der Lehrer der Rütli-Schule, jedoch ein höchst irrealer, denn solange der Kapitalismus existent ist, werden sich die sozialen Probleme immer weiter verschärfen.

von Wilhelmine Clementine und Jalava aus Berlin